



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 17. Mai 2022  
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

### **P 670 Postulat Schmid-Ambauen Rosy und Mit. über die Umsetzung der Kantonsvorgaben in ausgelagerten Organisationen (Organisationsgesetz, § 45) / Bildungs- und Kulturdepartement**

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.

Rosy Schmid-Ambauen hält an ihrem Postulat fest.

Rosy Schmid-Ambauen: Über die Mensa der Universität haben wir nun schon viel gehört. Mein Postulat zielt nicht primär auf diese Mensa. Es verlangt von der Regierung jedoch, dass sie eigene und ausgelagerte Organisationen und Einheiten auf die Einhaltung der kantonalen Vorgaben überprüft und für eine korrekte Umsetzung sorgt, dies besonders bezüglich des Aspektes eines ausgewogenen und vielseitigen Ernährungsangebots. Dies soll ohne Ausschluss traditioneller Esser, also solchen, die Fleisch oder Fisch essen, jedoch ebenfalls ohne Ausschluss von Essern mit anderen Essgewohnheiten und aufgrund von § 45 Absatz 2 des Organisationsgesetzes geschehen: «Der Regierungsrat überprüft die Übertragung kantonaler Aufgaben periodisch.» Die Regierung erwähnt in ihrer Stellungnahme den von ihr in der Eignerstrategie beschriebenen Auftrag zu mehr Nachhaltigkeit. Dies verlangt sie hoffentlich nicht nur von den Hochschulen, sondern von allen Einheiten, denn dies ist korrekt und unterstützungswürdig. Keine Eingriffe in operative Entscheide zu machen, ist wünschenswert, aber um korrigierend einzuwirken, manchmal dennoch notwendig. Dies ist in unseren Augen eine explizite Aufgabe der Regierung, weil oft niemand anderem die entsprechenden Kompetenzen zustehen. Wie bei Traktandum 32 bereits erwähnt, ist die Regierung für die gesamte Umsetzung ihrer Aufgaben in der Verwaltung direkt oder bei ausgelagerten Einheiten indirekt zuständig und verantwortlich. Wir unterstützen die Auffassung, dass Eingriffe in operative Entscheide und in die operative Ebene nicht nötig sein sollen. Wenn aber Entscheide oder Verhalten eigener oder ausgelagerter Organisationen den kantonalen Grundsätzen widersprechen und wenn etwas politisch aus dem Ruder läuft, unerwartet ein politisches Gewicht bekommt oder ein offensichtliches Missverhältnis von Erwartungen und Bedürfnissen der Anspruchsgruppen mit den Leistungen oder Angeboten besteht, so muss die Regierung korrigierend handeln, denn nur sie hat in der Regel die entsprechenden Kompetenzen. Die Regierung schreibt viel zur Universität Luzern. Das Postulat bezieht sich aber auf die Zukunft und richtet sich an sämtliche Einheiten und ausgelagerten Organisationen, nicht ausschliesslich auf die Mensa der Universität, denn diese ist bei diesem Thema wirklich Vergangenheit. Sie hat nicht zuletzt auf Druck der Öffentlichkeit relativ rasch korrigiert. Mein Postulat wendet sich weder für noch gegen vegane Ernährung und andere Ernährungsformen. Wichtig ist, dass die Kunden ihren Speisezettel auswählen können und niemand aufgrund seiner Essbedürfnisse ausgeschlossen wird. So wäre es gleichermassen stossend oder falsch, wenn nur noch Fleisch- oder Fischgerichte angeboten würden. Unserer Auffassung nach müsste in einem solchen Fall die Regierung ebenfalls das Gespräch suchen. Ebenso wie die Fleischfrage ist

es wichtig, an Menschen mit Unverträglichkeiten zu denken, welche des Öfteren zu kurz kommen, in der Regel Fleisch jedoch gut vertragen.

Bernhard Steiner: Es macht schon nachdenklich, wenn an unseren Hochschulen und Universitäten das vegan-vegetarische Essen als besonders gesund und ökologisch nachhaltig angepriesen wird, dies notabene in einer Universität, die im Begriff ist, eine Fakultät für Gesundheitswissenschaften und Medizin zu gründen. Laut den offiziellen Empfehlungen der Gesellschaft für Ernährung wird eine vegane Ernährung nur mit einer regelmässigen ärztlichen Kontrolle empfohlen, weil dabei das Risiko für eine ungenügende Versorgung mit einzelnen Nährstoffen besteht. Es ist allgemein üblich, dass man in jedem Restaurant oder in einer Mensa die Herkunft der tierischen Produkte wie Fleisch, Fisch oder Eier genau deklariert. Dies wird auch in der Mensa der Pädagogischen Hochschule (PH) so gehandhabt. Damit wird suggeriert, dass man sehr an der ökologischen Herkunft der angebotenen Lebensmittel interessiert ist. Ich habe die Menüs der PH der letzten Tage angeschaut. Da gibt es Mahlzeiten mit Jackfruit, Limetten, Kichererbsen, Couscous, Quorn und Tofu auf dem Menüplan. Es liegt auf der Hand, dass diese Nahrungsmittel nicht in der Schweiz gewachsen oder hergestellt worden sind. So wächst beispielsweise die Jackfruit in den Tropen und ist wahrscheinlich einige tausend Kilometer unterwegs, bis sie auf den Tisch der Studierenden gelangt. Dazu kommt, dass der Nährwert einer Jackfruit nur einem Bruchteil von jenem von Fleisch entspricht. Darum erstaunt es auch nicht, dass eine ganz aktuelle Studie des WWF Deutschland zum Schluss kommt, dass Vegetarierinnen und Vegetarier die Umwelt deutlich mehr belasten, weil dieser Ernährungsstil einen grösseren Wasser- und Energieverbrauch mit sich bringt. Man hat hier aus ideologischen Gründen eine rote Linie überschritten, welche dirigierend und bevormundend ist. Die angebotenen veganen und vegetarischen Mahlzeiten können zu einer Unterversorgung von essenziellen Aminosäuren, tierischen Omega-3-Fettsäuren, Eisen, Zink, Jod, Kalzium, Vitamin D, Riboflavin und insbesondere Vitamin B12 führen. Dass nun ausgerechnet die Universität, welche sich ansonsten stets für Toleranz und Inklusion starkmacht, die fleisshessende Bevölkerung ausschliesst und vor den Kopf stösst, ist unverständlich. Die SVP-Fraktion erklärt dieses Postulat erheblich.

Priska Häfliger-Kunz: Die ausgelagerten Einheiten bestimmen den Menüplan ihrer Mensen selber. Dies sind operative Entscheide. Das Angebot in diesen Mensen richtet sich nach den Bedürfnissen der Besucher, welche an ihren Arbeitstagen dort essen. Niemand kann es sich leisten, Essen anzubieten, welches am Ende weggeworfen werden muss, auch nicht die Hochschulen. Wie in der Antwort der Regierung richtig erwähnt wird, sind die Besucher der Universitätsmensa erwachsene Bürger und Bürgerinnen, die selber entscheiden, was sie essen wollen, und so ihre Eigenverantwortung zu ihrem Wohlbefinden beisteuern. Ich bin überzeugt, dass das Angebot in diesen verschiedensten Mensen den jeweiligen Bedürfnissen entspricht. Die Mehrheit der Mitte lehnt das Postulat ab.

Angelina Spörri: Das Postulat fordert, der Regierungsrat solle dafür sorgen, dass ausgelagerte Organisationen, welche ein Verpflegungsangebot haben, ausgewogene, abwechslungsreiche, sich an die Ernährungspyramide anlehrende Menüs mit Fleisch und Fisch anbieten sollen. Ich kann es ganz kurz machen: Die GLP-Fraktion ist der Meinung, der Regierungsrat kann und soll nicht ins operative Geschäft öffentlich-rechtlicher Anstalten eingreifen, schon gar nicht, wenn diese ausgelagerten Einheiten sehr wohl einen ausgewogenen und abwechslungsreichen Menüplan anbieten. Ob dieser nun Fleisch und Fisch enthält oder nicht, sollen oder werden die Kundinnen und Kunden mit der Wahl der Menüs selber entscheiden. Bleiben wir doch liberal und lassen die ausgelagerten Organisationen und öffentlich-rechtlichen Anstalten selber entscheiden, was, in welcher Form und wie sie es anbieten und was allenfalls auch nicht. Die GLP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Fabrizio Misticoni: Den Ausführungen der Regierung ist zu entnehmen, dass die Forderung des Postulats bereits seit Oktober erfüllt sei. Wir begrüssen es aber sehr, dass der Regierungsrat nicht einfach eine Ablehnung wegen Erfüllung beantragt, sondern in seiner Ablehnung auch differenziert argumentiert. Es ist ja schon immer wieder erstaunlich,

wie man mit diesem Postulat selektiv, ansonsten sakrosankte und – ich sage hier bewusst – mantraartig wiederholte Prinzipien aushebeln will, nur weil es hier einmal um ein nicht genehmes Thema geht, bei man dann doch Einfluss nehmen will und dies zudem noch überhaupt nicht stufengerecht. Ich zitiere aus der Stellungnahme der Regierung: «Der Kanton kann lediglich in der Eignerstrategie Vorgaben für die strategische Führungsebene machen, jedoch in keiner Weise auf die operativen Entscheide der Organisationen Einfluss nehmen.» Diese Praxis und diese Haltung würden und werden von einer grossen Mehrheit in diesem Rat immer wieder angeführt, wenn von unserer Seite mehr Einfluss auf ausgelagerte Einheiten oder Beteiligungen gefordert wird. Was würden Sie uns wohl entgegenen, wenn wir beispielsweise mehr und konkreten Einfluss auf eine nachhaltige Investitionspolitik bei der Luzerner Kantonalbank einfordern würden? Es gibt in diesem Postulat einen weiteren selektiven Umgang mit einem immer wieder betonten Prinzip in diesem Rat, und die Regierung führt es richtig auf: Letztlich werden der Markt und «[...] die Kundinnen und Kunden entscheiden, ob das Konzept der neuen Betreiberin sich bewährt [...]», in diesem Fall also die Studentinnen und Studenten. Die unsichtbare Hand des Marktes hat ja schon vor der Ausschreibung gewirkt, indem schon damals zwei Drittel der Menüs vegetarisch waren. Ein solcher marktwirtschaftlicher Ansatz müsste doch, so scheint mir, auf eine breite Zustimmung stossen. Die G/JG-Fraktion begrüsst es sehr, dass der Regierungsrat von den Hochschulen Massnahmen zugunsten einer besseren Nachhaltigkeit in der Eignerstrategie verlangt hat und er diese auch eigenständig umsetzen lässt, dies notabene im Einklang mit der Kantonsstrategie und dem Legislaturprogramm. Bleiben wir als Rat doch konsequent – liberal mögen sie eventuell anfügen – und lehnen diesen unangemessenen Eingriff in die Kompetenzen einer ausgelagerten Einheit ab.

Hans Stutz: Ich muss auf das Votum von Bernhard Steiner reagieren, in dem auf eine Studie des WWF Deutschland verwiesen wurde. Ich habe diese Studie gefunden und lese darin: «Wer nicht ganz auf Fleisch verzichten möchte, sollte zumindest weniger Fleisch essen. Das ist nicht nur besser für die Umwelt, sondern auch für unsere eigene Gesundheit. Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung DGE empfiehlt, den aktuell ungesunden Fleischkonsum mindestens zu halbieren – und liegt damit auf einer Wellenlänge mit dem WWF.» Danach folgt ein Zitat eines Verantwortlichen des WWF Deutschland: «Wenn wir in den ökologischen Grenzen unserer Erde bleiben wollen, sollten höchstens noch knapp 3 Prozent unserer Nahrung aus Fleisch- und Wurstprodukten bestehen. Das sind etwa 300 Gramm pro Woche [...]», also sehr wenig. Dann folgt eine weitere Anmerkung bezüglich Bio oder konventionell, wozu zudem zu sagen ist, dass aktuell nur etwa 3 oder 4 Prozent des Fleischkonsums Bio ist. Das Ergebnis einer Untersuchung ist eindeutig: «Egal ob Schwein, Rind oder Geflügel, Biofleisch schneidet in jedem Fall besser ab. Mit anderen Worten: Bio ist besser.»

Toni Graber: Ich fühle mich als Fleischproduzent auf derselben Linie wie der Konsument. So stieg letztes Jahr der Fleischkonsum in der Schweiz. Dies muss einfach noch erwähnt werden, denn den Ablass gegen das Fleisch kann ich vonseiten der Konsumenten nicht spüren. Ich sehe mich also auf derselben Wellenlänge wie die Konsumenten dieser Fleischprodukte. Mit dem WWF kann man schon auch auf derselben Linie schwimmen, nur sehen wir dann, wie weit wir kommen: Mit der Zeit gibt es schlicht keine Schweizer Bauern mehr. Irgendwann werdet Ihr noch froh um diese sein, und hoffentlich lernt Ihr sie noch schätzen. Das Thema ist noch nicht so weit, aber bis im Herbst wird es wohl das erste Mal läuten.

Valentin Arnold: Ich produziere kein Fleisch und bin dennoch auch ein Schweizer Bauer. Das geht also auch, und zwar indem man sich als Bauer beispielsweise als Nahrungsmittelproduzent sieht und sich nicht nur über Fleischprodukte definiert.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Das Postulat zielt auf die Frage ab, ob der Regierungsrat seine Vorgaben auch kontrolliert, wie es vorhin auch von Rosy Schmid-Ambauen formuliert wurde. Der Regierungsrat hat Vorgaben an ausgelagerte Einheiten entweder im Gesetz, in der jeweiligen Verordnung oder dann in der entsprechenden Eignerstrategie vorgegeben oder

gegebenenfalls in einem Leistungsauftrag, der von der Regierung oder von einem Departement verfasst wurde. Selbstverständlich muss die Regierung solche Vorgaben auch kontrollieren. Ich will hier die Diskussion nicht weiter verlängern, es steht jedoch in keiner der Vorgaben zur Universität etwas über deren Menüplanung. Wir sind hier in einem mehrstufigen Führungssystem, in einer Organisation. Hier gilt schlicht auch das AKV-Prinzip: Man hat eine Aufgabe, erhält die dazu nötigen Kompetenzen und trägt schliesslich auch die Verantwortung für sein Handeln. Die entsprechende Stufe in der Universität hat entschieden, kein Fleisch anzubieten, und ist damit etwas in den Gegenwind geraten. Sie hat die Verantwortung übernommen und sich umentschieden. Die Sache ist entsprechend aus Sicht der Regierung erledigt.

Der Rat lehnt das Postulat mit 57 zu 39 Stimmen ab.